



**Geschäftsführung
Verkehrsausschuss**

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax: (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 07.07.2016

Niederschrift

über die **17. Sitzung des Verkehrsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 14.06.2016, 16:05 Uhr bis 18:32 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Bürgermeister Andreas Wolter GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	
Herr Reinhard Houben	FDP	
Herr Peter Kron	SPD	(bis 18.23 Uhr)
Herr Horst Noack	SPD	(bis 18.23 Uhr)
Herr Jochen Ott	SPD	(bis 18.05 Uhr)
Herr Stefan Götz	CDU	
Herr Dirk Michel	CDU	
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU	
Frau Monika Roß-Belkner	CDU	(bis 17.30 Uhr)
Herr Lino Hammer	GRÜNE	
Frau Marion Heuser	GRÜNE	
Herr Michael Weisenstein	DIE LINKE	

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 11 - 12 Gemeindeordnung NRW

Herr Thomas Hegenbarth PIRATEN

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Dr. Jörg Klusemann	SPD	
Frau Bezirksbürgermeisterin Helga Blömer-Frerker	CDU	(bis 17.30 Uhr)
Herr Oliver Czernik	auf Vorschlag der CDU	
Herr Ralph Köhler	auf Vorschlag der CDU	
Herr Markus Graf	GRÜNE	

Herr Joachim Schalke	auf Vorschlag der Grünen
Herr Hans-Peter Vietzke	auf Vorschlag der Grünen
Frau Gunda Wienke	auf Vorschlag von DIE LINKE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22, 23, 23a oder 23 b der Hauptsatzung

Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN
Herr Bernd Fahlenbock	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Verwaltung

Frau Susanne Brenner-Gless	Dezernat für Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
Herr Klaus Harzendorf	Amt für Straßen und Verkehrstechnik
Herr Beigeordneter Franz-Josef Höing	Dezernat für Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
Herr Harald Krauss	Umwelt- und Verbraucherschutzamt
Frau Ricarda Mauksch	Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Frau Cornelia Müller	Bauverwaltungsamt
Herr Gerd Neweling	Amt für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau
Frau Regina Ottmar	Bauverwaltungsamt
Herr Michael Prümm	Umwelt- und Verbraucherschutzamt

Schriftführerin

Frau Angela Krause	Dezernat für Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
--------------------	--

Gäste

Herr Gunther Höhn	KVB AG
-------------------	--------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 11 - 12 Gemeindeordnung NRW

Herr Tobias Scholz	DEINE FREUNDE
--------------------	---------------

Ausschussvorsitzender Wolter eröffnet die 17. Des Verkehrsausschusses und begrüßt alle Anwesenden. Vor Eintritt in die Tagesordnung weist er darauf hin, dass diese wie folgt ergänzt werden soll:

Zu 1.1 „SPD-Anfrage Grüne Welle für Radfahrer“ liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor

2011/2016

Tischvorlage

1.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.06.2016 betr.
Umlaufzeiten bei Ampeln mit separater Fahrradschaltung

AN/1057/2016

Tischvorlage

1.3 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der Linken sowie der Gruppe Deine Freunde vom 09.06.2016 betr.
Fahrradfreundliche Anbindung der Mülheimer Brücke

AN/1069/2016

Tischvorlage

1.4 Anfrage der Piraten-Gruppe vom 09.06.2016 betr.
Autofreie (Sonn)Tage – was ist noch möglich?

AN/1073/2016

Tischvorlage

4.8 3. Nahverkehrsplan der Stadt Köln (Entwurf)

1614/2016

I. Durchgang

5.11 Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Baubeschluss für die Gesamtinstandsetzung der Mülheimer Brücke

1105/2016

I. Durchgang

6.5 Mitteilung zur Vorlage "Null Toleranz für Raser" - Ordnungsbehördliche Maßnahmen gegen die Raserszene im Kölner Stadtgebiet - Maßnahmenpaket II - Auenweg und Ringe, Vorlagen-Nr. 3678/2015
hier: Beantwortung von Zusatzfragen in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 01.03.2016, TOP 5.2

1001/2016

- 6.6 Niehler Gürtel
hier: mündliche Anfrage des RM dos Santos Herrmann in der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 26.04.2016, TOP 6.8
2001/2016
- 6.7 Sicherheit von Fußgängern und Radfahrern entlang der Bundesstraße 8 im Stadtbezirk Mülheim
hier: Anfrage der FDP-Fraktion zur Sitzung des Verkehrsausschusses am 26.04.2016, TOP 1.1
1133/2016
Tischvorlage
- 7.6 Tätigkeitsbericht des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik 2015
1538/2016
- 7.7 Umbau der Straße Am Kümpchenshof von Hansaring bis Maybachstraße
1935/2016
- 7.8 Verkehrsversuche Bodenwarnleuchten und invertierte Signalschablonen zur Optimierung der Verkehrssicherheit von Passanten an Gleisquerungen
1952/2016
- 7.9 Verbesserungen an elf Stadtbahnhaltestellen durch Einbau von Klappsitzen
1956/2016
- 7.10 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB): Betrauungsregelung vom 15.12.2005 / 24.06.2008
hier: Anpassung des Parameters im Baustein 1 "Infrastruktur" aufgrund erhöhten Mitbenutzungsentgelts an die Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK)
1477/2016
Tischvorlage

Zurückgezogen werden die Vorlagen

- 3.2 Sperrung Gleueler Straße am Wochenende
hier: Beschluss der Bezirksvertretung Lindenthal vom 11.03.2013; TOP 5.2
0838/2016
vertagter TOP 3.2 aus der Sitzung am 26.04.2016

und

- 5.1 252. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
0906/2016

Er weist weiterhin darauf hin, dass zu TOP

- 4.8 3. Nahverkehrsplan der Stadt Köln (Entwurf)
1614/2016
I. Durchgang

der Gutachter, Herr Jörg Thiemann-Linden, Büro Thiemann-Linden, Stadt & Mobilität in Köln

und zu TOP

- 5.2 Lärmaktionsplanung nach EU-Umgebungslärmrichtlinie bzw. § 47 d BImSchG / Handlungs- und Maßnahmenkatalog der Firma LK-Argus für die weiteren Arbeiten zur Kölner Lärmaktionsplanung
2422/2015
vertagter TOP 5.3 aus der Sitzung am 26.04.2016

Herr Krauß und Herr Prümm vom Umwelt- und Verbraucherschutzamt
anwesend seien.

RM Hammer zieht im Namen der Antrag stellenden Fraktionen den Antrag unter TOP

- 2.2 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.06.2016 betr.
Taktverdichtung im Busnetz
AN/1014/2016

zurück und bittet, diesen im Zusammenhang mit dem 3. Nahverkehrsplan der Stadt Köln (Entwurf), 1614/2016, zu beraten.

Für die FDP-Fraktion meldet RM Houben Beratungsbedarf zu TOP

- 4.2 Gutachten zum Radverkehrskonzept für den Stadtbezirk Innenstadt
1171/2016
II. Durchgang

an und bittet um Vertagung. Nach kurzer Diskussion schlägt Vorsitzender Wolter vor, die Vorlage zunächst auf der Tagesordnung zu belassen, um Fragen und Anregungen zu diskutieren und anschließend über die Vertagung zu beschließen.

Der Ausschuss ist mit diesem Verfahren und den Zusetzungen einverstanden und beschließt demnach folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von Sachkundigen Einwohnern

B Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

1.1 Anfrage der SPD-Fraktion vom 02.05.2016 betr.
Grüne Welle für den Radverkehr
AN/0836/2016

Stellungnahme der Verwaltung
2011/2016

1.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.06.2016 betr.
Umlaufzeiten bei Ampeln mit separater Fahrradschaltung
AN/1057/2016

1.3 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der Linken sowie der Gruppe Deine Freunde vom 09.06.2016 betr.
Fahrradfreundliche Anbindung der Mülheimer Brücke
AN/1069/2016

1.4 Anfrage der Piraten-Gruppe vom 09.06.2016 betr.
Autofreie (Sonn)Tage – was ist noch möglich?
AN/1073/2016

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

2.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 22.04.2016 betr.
Beleuchtung des Hauptwegs vom Clouth-Gelände zur KVB-Haltestelle Kinderkrankenhaus
AN/0767/2016

2.2 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.06.2016 betr.
Taktverdichtung im Busnetz
AN/1014/2016

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

3.1 Busanbindung Zollstock-Arkaden
3615/2015

3.2 Sperrung Gleueler Straße am Wochenende
hier: Beschluss der Bezirksvertretung Lindenthal vom 11.03.2013; TOP 5.2
0838/2016
- zurückgezogen -

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 Prioritäten bei Aufzugsnachrüstungen und Bahnsteiganhebungen; Aktualisierung der Prioritäten
0743/2016

4.2 Gutachten zum Radverkehrskonzept für den Stadtbezirk Innenstadt
1171/2016

Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.06.2016
AN/1125/2016

4.3 5-Jahresplan der Erschließungsmaßnahmen
0786/2016

4.4 Überörtliche Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Köln durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW
1057/2016

4.5 Bedarfsfeststellung und Vergabe eines Rahmenvertrages über die Instandhaltung und Ersatzbeschaffung von Hinweisbeschilderungen mit einer Laufzeit von zwei Jahren
1096/2016

4.6 Bedarfsfeststellung und Vergabe über die Beschaffung von Stahlknickelementen als Zubehör für Verkehrszeichen und Poller für das Jahr 2016
1399/2016

4.7 Ausweitung des samstäglichen Stadtbahnverkehrs der Linie 1 im Stadtbezirk Kalk
1875/2016

4.8 3. Nahverkehrsplan der Stadt Köln (Entwurf)
1614/2016

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

- 5.1 252. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
0906/2016
- zurückgezogen -
- 5.2 Lärmaktionsplanung nach EU-Umgebungslärmrichtlinie bzw. § 47 d BImSchG / Handlungs- und Maßnahmenkatalog der Firma LK-Argus für die weiteren Arbeiten zur Kölner Lärmaktionsplanung
2422/2015
- 5.3 Bundesprogramm "Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus", Projekte des Mantelprojektes "Via Culturalis und die Quartiere der Domumgebung"; hier: Baubeschluss für die Umgestaltung des Kurt-Hackenbergs-Platzes sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen, hier: Finanzstelle 6601-1201-0-6612, Nord-Süd Stadtbahn, Wiederherstellung
0183/2016
- 5.4 Querung der Aachener Straße in Höhe Aachener Weiher, hier: Mitteilung über Kostenerhöhungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 -Straßen, Wege, Plätze- bei der Finanzstelle 6604-1201-1-1003, Aachener Straße, Fußgängerquerung
0753/2016
- 5.5 Generalinstandsetzung der Marienburger Straße von Eugen-Langen-Straße bis Unter den Ulmen, hier: Mitteilung über Kostenerhöhungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - bei der Finanzstelle 6601-1201-0-6605, Generalinstandsetzung von Straßen
1004/2016
- 5.6 253. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
1483/2016
- 5.7 Linienabstimmungsverfahren zur Fortführung der geplanten Ortsumgehung Meschenich (B 51n)
1568/2016
- 5.8 Satzung der Stadt Köln über die Erhebung eines Erschließungsbeitrags für die erstmalige Herstellung der Immissionsschutzanlage Lärmschutzwand Kapellenstraße (beidseitig der Einmündung Pater-Prinz-Weg) in Köln-Rondorf
1673/2016

5.9 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Anlagen- und Brandschutztechnische Ertüchtigung der unterirdischen Betriebsräume der oberirdischen Hst. Heumarkt
0670/2016

5.10 Videoüberwachung in Kölner Stadtbahnhaltestellen
1596/2016

5.11 Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Baubeschluss für die Gesamtinstandsetzung der Mülheimer Brücke
1105/2016

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

6.1 Werbesäulen, Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.02.2016, AN/400/2016, aus der Sitzung des Verkehrsausschusses am 01.03.2016
0709/2016

6.2 Fahrradunfälle in Kreisverkehren
hier: Anfrage der FDP-Fraktion zur Sitzung des Verkehrsausschusses am 26.04.2016, TOP 1.3
1416/2016

6.3 Ausbau Militärringstraße/Luxemburger Straße
Hier: Anfrage der CDU-Fraktion zur Sitzung des Verkehrsausschusses am 26.04.2016, TOP 1.4
1556/2016

6.4 Teilspernung der Zülpicher Straße
hier: Anfrage der Piraten-Gruppe aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 26.04.2016, TOP 1.5
1797/2016

6.5 Mitteilung zur Vorlage "Null Toleranz für Raser" - Ordnungsbehördliche Maßnahmen gegen die Raserszene im Kölner Stadtgebiet - Maßnahmenpaket II - Auenweg und Ringe, Vorlagen-Nr. 3678/2015
hier: Beantwortung von Zusatzfragen in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 01.03.2016, TOP 5.2
1001/2016

6.6 Niehler Gürtel
hier: mündliche Anfrage des RM dos Santos Herrmann in der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 26.04.2016, TOP 6.8
2001/2016

6.7 Sicherheit von Fußgängern und Radfahrern entlang der Bundesstraße 8 im Stadtbezirk Mülheim

hier: Anfrage der FDP-Fraktion zur Sitzung des Verkehrsausschusses am
26.04.2016, TOP 1.1
1133/2016

7 Mitteilungen der Verwaltung

- 7.1 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Werbeträger im öffentlichen Raum"
AN/0466/2016
1347/2016
- 7.2 Bundeswettbewerb Klimaschutz im Radverkehr
Stadt Köln bewirbt sich mit zwei Projekten
1381/2016
- 7.3 3. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn / Zeit-Maßnahmen-Darstellung
1589/2016
- 7.4 Fahrradparken am Breslauer Platz
über 200 zusätzliche Abstellplätze für Fahrräder auf dem ehemaligen Fern-
busbahnhof
1429/2016
- 7.5 Entwurf des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) 2030 vom 16.03.2016
hier: Stellungnahme der Stadt Köln
1873/2016
- 7.6 Tätigkeitsbericht des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik 2015
1538/2016
- 7.7 Umbau der Straße Am Kümpchenshof von Hansaring bis Maybachstraße
1935/2016
- 7.8 Verkehrsversuche Bodenwarnleuchten und invertierte Signalschablonen zur
Optimierung der Verkehrssicherheit von Passanten an Gleisquerungen
1952/2016
- 7.9 Verbesserungen an elf Stadtbahnhaltestellen durch Einbau von Klappsitzen
1956/2016
- 7.10 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB): Betrauungsregelung vom 15.12.2005 /
24.06.2008
hier: Anpassung des Parameters im Baustein 1 "Infrastruktur" aufgrund erhöh-
ten Mitbenutzungsentgelts an die Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK)
1477/2016

8 Mündliche Anfragen

- 8.1 Im Hirschgraben/Grengeler Mauspfad
Mündliche Anfrage des RM dos Santos Herrmann
- 8.2 Bewohnerparkgebiete in der Innenstadt
Mündliche Anfrage des RM Götz
- 8.3 Kapellenstraße in Rondorf
Mündliche Anfrage des RM Roß-Belkner
- 8.4 Anregung zur Führung der Buslinie 191 durch Vingst
Mündliche Anfrage des RM dos Santos Herrmann

II. Nichtöffentlicher Teil

- 9 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
- 12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**
- 13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 15 Mitteilungen der Verwaltung**
- 16 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von Sachkundigen Einwohnern

B Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

1.1 Anfrage der SPD-Fraktion vom 02.05.2016 betr. Grüne Welle für den Radverkehr AN/0836/2016

Stellungnahme der Verwaltung 2011/2016

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

1.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.06.2016 betr. Umlaufzeiten bei Ampeln mit separater Fahrradschaltung AN/1057/2016

Die Beantwortung erfolgt in der nächsten Sitzung.

1.3 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der Linken sowie der Gruppe Deine Freunde vom 09.06.2016 betr. Fahrradfreundliche Anbindung der Mülheimer Brücke AN/1069/2016

Die Beantwortung erfolgt in der nächsten Sitzung.

1.4 Anfrage der Piraten-Gruppe vom 09.06.2016 betr. Autofreie (Sonn)Tage – was ist noch möglich? AN/1073/2016

Die Beantwortung erfolgt in der nächsten Sitzung.

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

2.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 22.04.2016 betr. Beleuchtung des Hauptwegs vom Clouth-Gelände zur KVB-Haltestelle Kinderkrankenhaus AN/0767/2016

RM Houben begründet den vorliegenden Antrag. Die FDP-Fraktion wisse, dass dies eigentlich ein Thema der Bezirksvertretung sei. Da hier jedoch eine Ausnahme vom Grundsatzbeschluss erwirkt werden soll, habe sie den Antrag in die Ausschüsse eingebracht.

Für die CDU-Fraktion kann sich RM Michel zwar der Intention anschließen; dennoch plädiere er für eine Beratung und Beschlussfassung in der zuständigen Bezirksvertretung.

RM dos Santos Herrmann merkt an, dass sie aus der Debatte um die nicht realisierte beleuchtete Laufstrecke heraus anregen möchte zu prüfen, ob ggf. innovative Elemente – beispielsweise eine halbhohe Beleuchtung – eingesetzt werden können, um den bestehenden Konflikt zu lösen.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, informiert, dass in der Tat Grünanlagen und Parkanlagen grundsätzlich nicht beleuchtet werden. Ausnahmen – wie im vorliegenden Fall – seien jedoch möglich. Die alternative Wegstrecke sei hier ca. 0,5 km länger und somit nicht mehr zumutbar. Aus verkehrlicher und technischer Sicht habe er somit keine Bedenken, die artenschutzrechtlichen Aspekte hingegen müssen vom Umwelt- und Verbraucherschutzamt geprüft werden.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist den Antrag, der da lautet:

„Der Hauptweg vom Clouth-Gelände (in Verlängerung der Josefine-Clouth-Straße) zur Haltestelle Kinderkrankenhaus wird beleuchtet.

Die Verwaltung wird damit beauftragt zu prüfen, inwieweit dieser Hauptweg als öffentlicher Fuß- und Radweg gewidmet werden kann.“

zur Beratung und abschließenden Entscheidung in die zuständige Bezirksvertretung Nippes.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

2.2 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.06.2016 betr. Taktverdichtung im Busnetz AN/1014/2016

- Der Antrag wurde vor Eintritt in die Tagesordnung von den Antrag stellenden Fraktionen zurückgezogen. Es wird gebeten, diesen im Zusammenhang mit der Vorlage „3. Nahverkehrsplan der Stadt Köln (Entwurf)“, Session-Nr. 1614/2016, zu beraten.

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

3.1 Busanbindung Zollstock-Arkaden 3615/2015

RM Roß-Belkner berichtet von der Diskussion in der Bezirksvertretung Rodenkirchen. Die CDU-Fraktion schläge vor, hier nun einen Schlusstrich zu ziehen und deren Vo-

tum zu akzeptieren, d.h. alles unverändert lassen und der Verwaltung keine weiteren Prüfaufträge mitzugeben. Der Verwaltungsvorschlag werde im Übrigen auch von der Seniorenvertretung nicht unterstützt.

SE Dr. Klusemann möchte diesen Ausführungen zum Teil widersprechen. Zwar halte auch die SPD-Fraktion den Wert der neuen Bushaltestellen für wenig überzeugend; dennoch müsse für die Anbindung der Zollstock-Arkaden eine Lösung gefunden werden. Er halte den von der Bezirksvertretung beschlossenen Prüfauftrag für sinnvoll und Ziel führend und regt an, diesem zu folgen. Auch die Linie 142 könne nochmals überprüft werden.

RM Hammer teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für die Einrichtung der Bushaltestellen plädiere, obwohl diese Lösung auch nicht optimal sei. Dass die Buslinie 138 keine Kapazitäten mehr habe, habe die Verwaltung bereits dargelegt.

Nach kurzer Diskussion über das Abstimmungsverfahren stellt Ausschussvorsitzender Wolter den abweichenden Beschluss der Bezirksvertretung zur Abstimmung.

Beschluss (entsprechend der Beschlussfassung der Bezirksvertretung Rodenkirchen):

Die Anbindung der Zollstock-Arkaden an den ÖPNV bleibt derzeit unverändert. Die Bushaltestelle an St. Pius wird nicht eingerichtet. Die Verwaltung prüft, wie die Linie 138 wirtschaftlicher die Zollstock-Arkaden anbinden kann; z. B. Meschenich – Bhf Kalscheuren – Eifeltor – Zollstock – Zollstock-Arkaden – Südbahnhof – Universität.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich **abgelehnt** mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke sowie der FDP-Fraktion

**3.2 Sperrung Gleueler Straße am Wochenende
hier: Beschluss der Bezirksvertretung Lindenthal vom 11.03.2013; TOP
5.2
0838/2016**

Die Vorlage wurde zurückgezogen.

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

**4.1 Prioritäten bei Aufzugsnachrüstungen und Bahnsteiganhebungen; Aktualisierung der Prioritäten
0743/2016**

RM Hammer nimmt Bezug auf die Anregung der BV Ehrenfeld, die Gürtelstrecke in einem Zuge zu sanieren und bittet die Verwaltung um eine Einschätzung.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau, teilt mit, dass die Maßnahme nicht auf das Jahr 2017 vorgezogen werden könne. Die bisher gewählte Reihenfolge sollte beibehalten werden, zumal zwei Haltestellen – Subbelrather Straße/Nußbaumerstraße - bereits in fortgeschrittener Planung seien. Der Rest des

südlichen Gürtels werde in der Tat im Paket abgearbeitet. Hier befinde man sich in enger Abstimmung mit der KVB.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stimmt der vorgelegten Prioritätenliste für Aufzugsnachrüstungen und Bahnsteiganhebungen gemäß der Anlage 1 zu. Alle Einzelmaßnahmen sind den zuständigen Gremien in Form eines Planungsbeschlusses zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.2 Gutachten zum Radverkehrskonzept für den Stadtbezirk Innenstadt 1171/2016

Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.06.2016 AN/1125/2016

RM Houben verweist auf seinen eingangs gemachten Vertagungsantrag und legt dar, dass die FDP-Fraktion durchaus noch offene Fragen von großer Bedeutung habe. Der Querschnitt einer Fahrradstraße müsse laut den Ausführungen der Verwaltung 4,00 m betragen. Nicht beantworten könne sie jedoch die Frage, wie viele (Anwohner)Parkplätze dementsprechend in welchen Straßen wegfallen werden. Zudem müsse überlegt werden, wie dann die Fußwege, die bisher unter die Norm von 1,00 m fallen, behandelt werden. Unverständlich sei ihm auch, wie die Verwaltung gedenke, beispielsweise die von einer Buslinie befahrene Annostraße in das Konzept mit einzu beziehen. Bei der Einrichtung von Fahrradstraßen sollte zwingend vorher geprüft werden, ob der motorisierte Individualverkehr von Begleitstraßen aufgenommen werden könne. Vor dem Hintergrund der in der Beschlussvorlage gewählten Formulierung „...Das Gutachten ist als Rahmenkonzept für die Verwaltung bindend...“ könne seine Fraktion somit nach heutigem Stand keine Zustimmung erteilen.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen räumt RM Hammer ein, dass ihn die aufgeworfenen Fragen nicht überraschen. Dennoch möchte er darauf hinweisen, dass dieser Prozess bereits seit zwei Jahren andauere und die Fragen insofern zu einem relativ späten Zeitpunkt kommen. Einer Vertagung der Beschlussfassung in die Sondersitzung am 28.06. werde er sich jedoch nicht verschließen.

Abschließend bezieht er kurz Stellung zum eingereichten Änderungsantrag.

RM dos Santos Herrmann möchte eine Bestätigung der Verwaltung, dass diese vor der Umsetzung des Konzeptes einzelne Beschlussvorlagen für die Gremien vorlege. An Herrn Houben gerichtet merkt sie zudem an, dass die SPD-Fraktion bereits frühzeitig auf etwaige Konflikte mit dem ÖPNV hingewiesen habe.

Seitens der CDU-Fraktion zeigt sich RM Michel erfreut über die breite Zustimmung zu diesem Konzept und spricht der Verwaltung seinen Dank für dieses aus. Die in Rede stehenden Maßnahmen werden in der Tat den Straßenraum in Köln verändern – hier stimme er Herrn Houben zu -. Die auch von seiner Vorrednerin geäußerten Bedenken hinsichtlich des ÖPNV seien im Änderungsantrag berücksichtigt. Auch die CDU-Fraktion habe die ausdrückliche Bitte, dass mögliche Konflikte sorgfältig geprüft wer-

den und zudem die Einzelmaßnahmen – so wie es auch der Änderungsantrag vorsehe - hier nochmals vorgelegt werden.

Auch SE Wienke äußert sich positiv über das vorgelegte Konzept; dennoch bitte sie die Belange der Fußgänger nicht außer Acht zu lassen. Parkraum hingegen sei i.E. in der Innenstadt mehr als ausreichend vorhanden, so dass sie hier keine Konflikte befürchte.

RM Hegenbarth verweist auf den ergänzten Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt – insbesondere hinsichtlich der „Ring frei-Ergebnisse“ und bittet um eine Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, teilt mit, dass der Beschlussvorlage entsprechend ein großer Teil der geplanten Fahrradstraßen(abschnitte), 61 an der Zahl, zügig umgesetzt werden soll; hier handele es sich nach Einschätzung der Verwaltung um unkritische Maßnahmen. Größere Eingriffe in die Belange anderer Verkehrsteilnehmer und eine separate Vorstellung seien nicht erforderlich. Die kritischen Maßnahmen und alle weiteren Planungen hingegen, hierzu zähle auch die angesprochene Annostraße, werden hier nochmals vorgestellt. In welchen Bereichen wie viele Parkplätze wegfallen und wie Kreuzungsbereiche ggf. umgestaltet werden müssen, könne die Verwaltung daher zum jetzigen Zeitpunkt für die kritischen Maßnahmen und die weiteren Planungen noch nicht konkret und verbindlich sagen. Er sagt jedoch zu, den hiesigen Ausschuss vor der Umsetzung einzubinden.

Hinsichtlich des Beschlusses der Bezirksvertretung Innenstadt habe die Verwaltung keine Bedenken.

Abschließend fasst Vorsitzender Wolter zusammen, dass die gesamte Verkehrspolitik auch aufgrund der bestehenden Querschnitte in dieser alten Stadt immer eine Anhäufung von Kompromissen sei. Keiner werde den kompletten Standard für sich beanspruchen können, ohne dass ein anderer Verkehrsteilnehmer an den Rand gedrängt werde. Der Verkehrsausschuss gehe davon aus, dass die Verwaltung keine vollendeten Tatsachen schaffen werde, sondern vielmehr bei baulichen Veränderungen nicht nur die Bezirksvertretung sondern auch den hiesigen Ausschuss einbinde und ausreichend informiere. Durch die Zusetzung von mehr Personal erhoffe er sich ein zügiges Tempo bei der Umsetzung.

RM Houben macht deutlich, dass er den Vertagungsantrag aufrecht erhalte.

Nach anschließender kontroverser Diskussion über das weitere Verfahren lässt Ausschussvorsitzender Wolter wie folgt abstimmen.

1. Beschluss (Antrag der FDP-Fraktion):

Die Beschlussfassung wird bis zur Sondersitzung am 28.06.2016 vertagt.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich **abgelehnt** gegen die FDP-Fraktion und die Fraktion Die Linke bei Enthaltung der SPD-Fraktion

2. Beschluss (Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen):

Der Beschluss zu Top 4.2. wird inclusive des BV-Beschlusses vom 2.6.2016 wie folgt ergänzt

4. Ausbaustandards

Es werden zeitnah Ausbaustandards für Fahrradstraßen sowie allgemeine Radwege erarbeitet und der Politik zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

Dazu sollen unter Berücksichtigung der Belange von Fußgängerinnen und Fußgängern, des ÖPNV und der Anliegerinnen und Anlieger verbindliche Richtlinien für die Ausbaubreite und die Oberflächengestaltung erarbeitet sowie Regelungen zur Vorfahrt und geeignete Maßnahmen der Verkehrsüberwachung festgelegt werden.

Die Einzelmaßnahmen 5 - 8 (des Beschlussvorschlages der Verwaltung) werden der Bezirksvertretung Innenstadt sowie dem Verkehrsausschuss zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion

3. Beschluss (Gesamtabstimmung über die so geänderte Beschlussvorlage)

1. Der Verkehrsausschuss und die Bezirksvertretung Innenstadt nehmen das Gutachten zum Radverkehr für den Stadtbezirk Innenstadt zur Kenntnis und beschließen dieses Radverkehrskonzept als Handlungsrahmen für die zukünftigen Verkehrsplanungen im Stadtbezirk.
Das Gutachten ist als Rahmenkonzept für die Verwaltung bindend, und gilt als Grundlage für ein Gesamtumsetzungskonzept. Hieraus werden einzelne daraus resultierende Handlungskonzepte gesondert vorgestellt und zur Beschlussfassung vorgelegt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die personellen und finanziellen Voraussetzungen zu schaffen, um die Maßnahmen in den im Gutachten beschriebenen Umsetzungszeiträumen zu realisieren. Hierfür sind weitere Stellen in der Radverkehrsplanung sowie in der Abteilung Bau- und Unterhaltung und im Sachgebiet Lichtsignalanlagen erforderlich, um die Maßnahmen mit der höchsten Priorität zeitnah zu planen und umzusetzen. Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen erhält für die Beratung über den Stellenmehrbedarf in seiner nächsten Sitzung eine gesonderte Vorlage.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, in regelmäßigen Abständen über die Umsetzungsstände **in einem Evaluationsprozess zu berichten. Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt für diese Evaluation einen Kooperationspartner wie zum Beispiel die TH Köln zu suchen.**

4. Ausbaustandards

Es werden zeitnah Ausbaustandards für Fahrradstraßen sowie allgemeine Radwege erarbeitet und der Politik zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

Dazu sollen unter Berücksichtigung der Belange von Fußgängerinnen und Fußgängern, des ÖPNV und der Anliegerinnen und Anlieger verbindliche Richtlinien für die Ausbaubreite und die Oberflächengestaltung erarbeitet sowie Regelungen zur Vorfahrt und geeignete Maßnahmen der Verkehrsüberwachung festgelegt werden.

Die Einzelmaßnahmen 7 - 10 werden der Bezirksvertretung Innenstadt sowie dem Verkehrsausschuss zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

5. **Die Radwegverbindung entlang der Inneren Kanalstraße zwischen Neusser Straße und Krefelder Straße soll als Fahrradstraße eingerichtet werden.**

Als Sofortmaßnahmen beschließt der Verkehrsausschuss:

6. Umsetzung des Fahrradstraßenkonzeptes: Prüfung und Einrichtung von insgesamt 83 Fahrradstraßenabschnitte, davon 61 kurzfristig möglich.
7. Planung und Umsetzung der Radverkehrsachse Gladbacher Straße/Christophstraße (ein-schließlich Öffnung der Gladbacher Straße für den Radverkehr).
8. Planung und Neuaufteilung Fahrbahnquerschnitte der Achse Turiner Straße/Riehler Straße.
9. Planung und Neuaufteilung Fahrbahnquerschnitte der Ringe in Teilabschnitten, zum Beispiel Sachsenring und Ubierring. **Die Verwaltung wird gebeten, die Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht an den Kölner Ringen durchzuführen. Diese Schritte sollen in Abhängigkeit mit den Ergebnissen des „RingFrei“-Umsetzungs-Workshops erfolgen.**
10. Ausarbeitung der Planung des Radschnellwegerings mit den Anschlusspunkten zu den grenzenden Stadtteilen und Berücksichtigung bei laufenden Planungen, zum Beispiel Deutzer Hafen, Parkstadt Süd.
11. **Die Ergebnisse des Workshops „Ring Frei“ sind ins RVKI miteinzubeziehen.**

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion

4.3 5-Jahresplan der Erschließungsmaßnahmen 0786/2016

Auf Nachfragen des RM Götz informiert Frau Müller, komm. Amtsleiterin des Bauverwaltungsamtes, dass es sich hier um Ersterschließungsanlagen nach dem BauGB handele, für die demzufolge Erschließungsbeiträge fällig werden. Die geringe Anzahl der hier aufgeführten Maßnahmen sei darauf zurückzuführen, dass es über diese Vorlage hinaus weitere Einzelvorlagen für die Bezirksvertretungen gebe, für die jedoch aufgrund der bezirklichen Bedeutung der Straßen allein die Bezirksvertretung entscheidungsbefugt sei und nicht der hiesige Ausschuss.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Erschließungsmaßnahmen mit überbezirklicher Bedeutung im Kölner Stadtgebiet für die Jahre 2016 und 2017 ff. entsprechend der Anlagen fest und beauftragt die Verwaltung - vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung für die Jahre 2016 und 2017 - mit der Umsetzung der Maßnahmen.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, sofern die Bezirksvertretungen uneingeschränkt zustimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.4 Überörtliche Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Köln durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW 1057/2016

BG Höing betont, dass der vorliegende Bericht verdeutliche, wie groß das Delta zwischen dem sei, was die Verwaltung mache und dem, was sie eigentlich machen

müsste. Das grundsätzliche strukturelle Problem werde hier aufgegriffen und man müsse in den kommenden Jahren kontinuierlich weiter daran arbeiten.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss nimmt den Prüfbericht Überörtliche Prüfung der Stadt Köln in den Jahren 2012 bis 2014 der Gemeindeprüfungsanstalt NRW sowie die Stellungnahme der Verwaltung gem. § 105 GO NRW zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.5 Bedarfsfeststellung und Vergabe eines Rahmenvertrages über die Instandhaltung und Ersatzbeschaffung von Hinweisbeschilderungen mit einer Laufzeit von zwei Jahren
1096/2016**

RM dos Santos Herrmann regt an, in künftigen Fällen die Vertragslaufzeit auf mehr als 2 Jahre festzulegen.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, nimmt diese Anregung dankend an.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf zum Abschluss eines Rahmenvertrages über die Instandhaltung und Ersatzbeschaffung von Hinweisbeschilderungen mit einer Laufzeit von zwei Jahren in Höhe von 208.250,00 € fest und beauftragt die Verwaltung das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.6 Bedarfsfeststellung und Vergabe über die Beschaffung von Stahlknickelementen als Zubehör für Verkehrszeichen und Poller für das Jahr 2016
1399/2016**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss erkennt den Bedarf zum Abschluss eines Abrufvertrages über die Beschaffung von Stahlknickelementen als Zubehör für Verkehrszeichen und Poller für das Jahr 2016 in Höhe von insgesamt 196.945,- Euro an und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Auf die Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Die Bestimmungen der vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 82 GO sind erfüllt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.7 Ausweitung des samstäglichen Stadtbahnverkehrs der Linie 1 im Stadtbezirk Kalk
1875/2016**

RM dos Santos Herrmann hält den Vorschlag für sehr sinnvoll und richtig, bittet jedoch um Mitteilung, ob die Verwaltung auch den Bedarf der Linie 9 im Blick habe und ggf. auch hier ein bis zwei zusätzliche Fahrten anbieten werde.

RM Hammer fragt nach, ob dieses Potenzial auch auf anderen Linien gesehen werde.

Herr Höhn, Vertreter der KVB, sichert zu, dass die Bedarfe auf allen Linien kontinuierlich beobachtet werden, derzeit sehe man Handlungsbedarf konkret bei der in Rede stehenden Linie. Er erklärt, dass eine Veröffentlichung nur auf elektronischem Weg den Vorteil habe, auch unterjährig – außerhalb des regulären Fahrplanwechsels – tätig zu werden.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stimmt der Ausweitung der samstäglichen Bedienung auf der Stadtbahnlinie 1 zu und beauftragt die Verwaltung gleichzeitig mit der Aufnahme der sich aus dem zusätzlichen Angebot ergebenden wirtschaftlichen Konsequenzen in die Betrauungsregelung vom 15.12.2005/24.06.2008. Die Anpassung der Finanzierungsbausteine und der entsprechenden Parameter erfolgt mit dem Monat der Inbetriebnahme.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.8 3. Nahverkehrsplan der Stadt Köln (Entwurf) 1614/2016

RM Michel wirft die Frage auf, ob angedacht sei, erneut einen Unterausschuss Nahverkehrsplan ins Leben zu rufen. Dort sei seines Erachtens eine intensivere und kleinteiligere Diskussion möglich als im hiesigen Ausschuss, der die Vorlage heute zunächst nur in die nachfolgenden Gremien verweisen sollte.

SE Fahlenbock merkt an, dass die Behindertenverbände noch erheblichen Beratungsbedarf haben. Es habe bisher erst eine Besprechung gegeben, in der diese klar darauf hingewiesen haben, dass das Hochflurnetz nach der entsprechenden DIN-Norm noch nicht barrierefrei sei. Hierzu müsse erst ein Umbau der Fahrzeuge erfolgen; er verweist in diesem Zusammenhang auch auf den soeben verteilten Flyer.

Vorsitzender Wolter greift den Verweisungsvorschlag von Herrn Michel auf und bittet die Verwaltung, die Vorlage vor dem abschließenden Beschluss in einem oder auch zwei separaten Terminen vorzustellen und zu erläutern (vorzugsweise Ende August – Anfang November).

BG Höing unterstützt diesen Vorschlag und sagt zu, dass das Amt für Stadtentwicklung und Statistik hierzu einladen werde. Von der Bildung eines weiteren Unterausschusses bitte er jedoch abzusehen; sowohl die Ausschussmitglieder als auch die Verwaltungsvertreter seien durch die Vielzahl an Ausschüssen, Beiräten und anderen Gremien zeitlich bereits sehr gebunden.

Abschließend möchte er es sich nicht nehmen lassen zu erwähnen, dass der vorliegende Entwurf des Nahverkehrsplanes das Ergebnis Jahre langer Arbeit der Fachverwaltung sei und spricht dieser seinen Dank aus.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage sowie den Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (AN/1014/2016), der da lautet:

„Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der KVB AG zeitnah darzustellen, welche Buslinien eine Taktverdichtung benötigen und mit welchem finanziellen Aufwand dies umsetzbar ist. Hierbei sollen u.a. die Linien 142 /141 /143 /144 /145 /149 /160 und 162 untersucht werden. „
zur Anhörung in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

5.1 252. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 0906/2016

Die Vorlage wurde zurückgezogen.

5.2 Lärmaktionsplanung nach EU-Umgebungslärmrichtlinie bzw. § 47 d BImSchG / Handlungs- und Maßnahmenkatalog der Firma LK-Argus für die weiteren Arbeiten zur Kölner Lärmaktionsplanung 2422/2015

RM Weisenstein verweist auf den sehr informativen Vortrag der vergangenen Sitzung. Die Bezirksvertretungen hätten sich ausführlich mit der Vorlage auseinandergesetzt und im Ergebnis u.a. auch Geschwindigkeitsreduzierungen im motorisierten Individualverkehr gefordert. Er hätte sich nun eine etwas ausführlichere Interpretation der Verwaltung gewünscht. Die Einrichtung von Tempo 30-Abschnitte habe sich bekannter Maßen vereinfacht, so dass er anrege, hierauf nochmals verstärkt Augenmerk zu richten.

Für die SPD-Fraktion meldet RM dos Santos Herrmann Beratungsbedarf an; sie bitte daher, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen.

➤ Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat.

5.3 Bundesprogramm "Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus", Projekte des Mantelprojektes "Via Culturalis und die Quartiere der Domumgebung"; hier: Baubeschluss für die Umgestaltung des Kurt-Hackenberg-Platzes sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen, hier: Finanzstelle 6601-1201-0-6612, Nord-Süd Stadtbahn, Wiederherstellung 0183/2016

RM Hammer möchte sich seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Votum der Bezirksvertretung Innenstadt anschließen. Zudem schlage seine Fraktion vor, die Fahrradabstellplätze gegenüber den Eingängen der Philharmonie zu platzieren.

Ausschussvorsitzender Wolter lässt dementsprechend abstimmen.

Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat nimmt die Ausführungsplanung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Umgestaltung des Kurt-Hackenberg-Platzes mit Gesamtkosten in Höhe von 2.434.347,03 € mit folgenden Maßgaben:

Die befahrbaren Flächen werden in gebundener Bauweise ausgeführt. Die Fahrradabstellplätze werden gegenüber den Eingängen der Philharmonie platziert.

2. Der Rat nimmt die Planung der Trinkbrunnenanlage zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung. Die Kosten belaufen sich auf 56.168,00 €. Gleichzeitig beauftragt der Rat die Verwaltung, den Brunnen nach Fertigstellung in die Liste der Zierbrunnen vom 22.11.2011 aufzunehmen und den zukünftigen Betrieb des Brunnens sicherzustellen.
3. Der Rat beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für die Umgestaltung des Kurt – Hackenberg – Platzes in Höhe von 2.490.515,03 € im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei der Finanzstelle 6601-1201-0-6612, Nord-Süd Stadtbahn, Wiederherstellung, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, im Haushaltsjahr 2016.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

- 5.4 Querung der Aachener Straße in Höhe Aachener Weiher, hier: Mitteilung über Kostenerhöhungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 -Straßen, Wege, Plätze- bei der Finanzstelle 6604-1201-1-1003, Aachener Straße, Fußgängerquerung
0753/2016**

RM Hammer erkundigt sich nach der Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, stellt klar, dass die derzeit vorliegenden Nachträge zunächst durch Zentrale Vergabeamt geprüft und verhandelt werden müssen. Erst anschließend werde das Rechnungsprüfungsamt informiert bzw. eingebunden. Er sagt zu, den hiesigen Ausschuss über das Prüfergebnis zu gegebener Zeit zu unterrichten.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt die Kostenerhöhung bei der Realisierung der Maßnahme „Querung der Aachener Straße in Höhe Aachener Weiher“ über insgesamt 154.100 € zur Kenntnis. Die Gesamtkosten betragen nunmehr 426.800 € statt bisher 272.700 €.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

- 5.5 Generalinstandsetzung der Marienburger Straße von Eugen–Langen-Straße bis Unter den Ulmen, hier: Mitteilung über Kostenerhöhungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushalts-**

Satzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - bei der Finanzstelle 6601-1201-0-6605, Generalinstandsetzung von Straßen 1004/2016

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt die Kostenerhöhung bei der Realisierung der Maßnahme „Generalinstandsetzung der Marienburger Straße von Eugen-Langen-Straße bis Unter den Ulmen“ über insgesamt 387.000 € zur Kenntnis. Die Gesamtkosten betragen nunmehr 1.139.102,61 € statt bisher 752.102,61 €.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.6 253. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 1483/2016

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretungen ohne Einschränkung zustimmen und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der 253. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.7 Linienabstimmungsverfahren zur Fortführung der geplanten Ortsumgehung Meschenich (B 51n) 1568/2016

RM dos Santos Herrmann bedankt sich zunächst für die erneute Stellungnahme der Verwaltung. Sie gehe nun davon aus, dass der Ortsumgehung Meschenich im engeren Sinne nichts mehr im Wege stehe und möchte dies bestätigt wissen. Die SPD-Fraktion möchte auch nochmals bekräftigen, dass im weiteren Verlauf die grundsätzliche Anbindung an das Eifeltor, an den dortigen Güterbahnhof, für richtig erachtet werde.

RM Roß-Belkner begrüßt für die CDU-Fraktion ebenfalls die überarbeitete Vorlage mit dem vorrangigen Ziel, die eigentliche Ortsumgehung nun endlich bauen zu können. Die Eingabe der Verwaltung an den Bund, das Verfahren zu trennen, unterstütze sie nachdrücklich, da bei einem Erfolg viel für die Hönninger Bürger getan und die im Raum stehenden Varianten nochmals in Ruhe geprüft werden können.

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schließt sich RM Hammer den Ausführungen seiner Vorrednerinnen an und teilt Zustimmung zur Verwaltungsvorlage mit.

RM Ott nimmt anschließend ausführlich Stellung zur Genese dieser Ortsumgehung und appelliert an alle Beteiligten, sich künftig bei überörtlichen Verkehrsprojekten, an denen wie hier Bund, Land, Straßen NRW und Stadtverwaltung beteiligt sind, strategisch gut aufzustellen und mit einer Stimme aufzutreten; die Projektsteuerung müsse künftig besser funktionieren.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, räumt ein, dass eine Abstimmung zwischen vielen Beteiligten in der Tat nicht immer einfach sei. Die von der Verwaltung vorgelegte Stellungnahme sei im Sinne der Politik und auch er hoffe, dass man nun zügig weiterkomme.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Ausschussvorsitzender Wolter den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss wie folgt zu beschließen:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, im Linienabstimmungsverfahren zur Fortführung der Ortsumgehung Meschenich (B 51n) die als Anlage 10 beigefügte Stellungnahme abzugeben.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.8 *Satzung der Stadt Köln über die Erhebung eines Erschließungsbeitrags für die erstmalige Herstellung der Immissionsschutzanlage Lärmschutzwand Kapellenstraße (beidseitig der Einmündung Pater-Prinz-Weg) in Köln-Rondorf*
1673/2016

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages für die erstmalige Herstellung der Immissionsschutzanlage Lärmschutzwand Kapellenstraße (beidseitig der Einmündung Pater-Prinz-Weg) in Köln-Rondorf in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.9 *Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV Anlagen- und Brandschutztechnische Ertüchtigung der unterirdischen Betriebsräume der oberirdischen Hst. Heumarkt*
0670/2016

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau, macht auf die vorliegende Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes aufmerksam und teilt mit, dass die Fachverwaltung die Kürzung von ca. 12.000 € (5 % Risikozuschlag) akzeptiere. Er schlägt vor, den Beschluss dementsprechend anzupassen.

Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat der Stadt Köln beschließt die anlagen- und brandschutztechnische Ertüchtigung der unterirdischen Betriebsräume (Verteilerebene des Altbauwerks) der oberirdischen Haltestelle Heumarkt.
2. Der Rat der Stadt Köln beschließt, die KVB AG aufgrund von Synergieeffekten und anderer prioritärer Maßnahmen beim Amt für Brücken, Tunnel und Stadtbahn im Wege einer Inhouse-Vergabe mit den Ertüchtigungsarbeiten in den unterirdischen Betriebsräumen der oberirdischen Haltestelle Heumarkt zu beauftragen und ermächtigt die Verwaltung, einen entsprechenden Inhouse-Vertrag abzuschließen.
3. Die benötigten Mittel in Höhe von rund **391.400 EUR (netto) bzw. 465.700 EUR (brutto)** wurden im Haushaltsplan 2015, im Teilergebnisplan 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV –, in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen – berücksichtigt.

Die Maßnahme konnte in 2015 nicht umgesetzt werden, so dass die veranschlagten Mittel im Rahmen des Jahresabschlusses 2015 in eine Instandhaltungsrückstellung zugeführt wurden. Die benötigte Auszahlungsermächtigung für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 wurde im Rahmen der Anmeldung zum Doppelhaushalt 2016/2017 berücksichtigt.

Die Voraussetzungen der vorläufigen Haushaltsführung gem. § 82 Abs. Ziff. 1 GO NRW liegen vor, da es sich aufgrund der brandschutzrechtlichen Bestimmungen um eine rechtliche Verpflichtung handelt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.10 Videoüberwachung in Kölner Stadtbahnhaltestellen 1596/2016

RM dos Santos Herrmann teilt seitens der SPD-Fraktion Zustimmung zur Vorlage mit, regt jedoch an, auch die Haltestelle Neusser Straße/Gürtel mit aufzunehmen. Diese sei unverständlicher Weise nicht in der Auflistung auf S. 3 der Vorlage enthalten.

Auch RM Michel signalisiert für die CDU-Fraktion Einverständnis zum Verwaltungsvorschlag. Die Ausweitung der Videoüberwachung werde ausdrücklich begrüßt, da das Sicherheitsgefühl - neben dem Tarif und der Zuverlässigkeit - ein Kernthema des ÖPNV sei. Diese Vorlage komme aufgrund der jüngsten Vorfälle zum richtigen Zeitpunkt.

RM Hammer hingegen legt dar, dass sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen noch keine abschließende Meinung gebildet habe und zuvor die nachfolgenden Fragen – möglichst bis zur Sitzung des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales - beantwortet haben möchte:

„Wie sieht das Datenschutzkonzept der KVB für die Videoüberwachung aus (inkl. Dauer und Löschung von Aufzeichnungen)?

Wie sieht das generelle Konzept der Videoüberwachung auf den Zwischenebenen aus?

Welche abschreckende Wirkung soll die Videoüberwachung haben?

Inwiefern hat die Videoüberwachung die betrieblichen Abläufe bei der KVB an den Karnevalstagen verbessert?

Welche Kosten entstehen der KVB für die Einrichtung der Videoüberwachung auf allen Zwischenebenen?“

RM Hegenbarth teilt mit, dass die Piraten-Gruppe eine Ausweitung der Videoüberwachung strikt und nachdrücklich ablehne. Das schwächste Argument für ihn sei das von RM Michel angesprochene Sicherheitsgefühl, das stärkste hingegen die Statistik. Diese belege, dass die bereits 2.500 von den KVB eingesetzten Einrichtungen keinen Rückgang der entsprechenden Kriminalität bewirkt haben und es sich somit im Grunde genommen nur um Placebos handle. Gefühle täuschen eine Sicherheit vor, die es de facto nicht gibt.

RM Houben räumt ein, dass die Videoüberwachung auch für die FDP-Fraktion kein Allheilmittel sei, dennoch könne sie an besonders unübersichtlichen Stellen ein kleiner Baustein sein, der das Sicherheitsgefühl der Bürger erhöhen könnte.

Abschließend sagt Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau, zu, auch die Haltestelle Neusser Straße/Gürtel zu berücksichtigen; diese sei in der Tat auffällig.

- Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage mit den aufgeworfenen Fragen in den Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/ Internationales und ohne Votum in den Rat.

5.11 Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV Baubeschluss für die Gesamtinstandsetzung der Mülheimer Brücke 1105/2016

Eingangs informiert Ausschussvorsitzender Wolter, dass die Verwaltung zu einem Ortstermin am 27.06.2016 eingeladen habe und für den 2. Beratungsgang dieser Vorlage eine Sondersitzung des hiesigen Ausschusses am Dienstag, 28.06.2016, 12 Uhr vorgesehen sei. Die abschließende Beschlussfassung sei für die anschließende Ratsitzung um 14 Uhr vorgesehen.

RM Hammer führt aus, dass es sich hier um eines der größeren Bauprojekte mit einem enormen Kostenvolumen handle und man angesichts der Aussage, dass diese Brücke für die nächsten 100 Jahre fit gemacht werden solle, die Maßnahme wohlüberlegt und möglichst vorausschauend umsetzen müsse. Noch nicht zufriedenstellend sei die künftige Anbindung des Radverkehrs und Detailfragen der Radwegführung auf der Brücke; insofern möchte er auch auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Fraktion Die Linke unter TOP 1.3 verweisen und bittet die Verwaltung, die entsprechende Stellungnahme möglichst bis zum Ortstermin am 27.06. vorzulegen.

RM Weisenstein schließt sich diesen Ausführungen im Wesentlichen an und schlägt zudem vor, die Vorlage heute nur in die Bezirksvertretung Nippes zu verweisen, d.h. keinen Wiedervorlageverzicht auszusprechen.

SE Fahlenbock macht darauf aufmerksam, dass er zwar keine Einladung für den Orts-termin erhalten habe, jedoch als Vertreter der Stadtarbeitsgemeinschaft Behinderten-politik teilnehmen möchte.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau, greift die Wortbeiträge auf und teilt mit, dass er die aufgeworfenen Fragen bereits teilweise wie folgt beantworten könne:

Die Breite der Nebenanlagen, d.h. der Geh- und Radwege konnte auf der Strombrücke von 3,33 m auf 4,17 m verbreitert werden, um die Pylone herum von 2,90 m auf 4,00 m und die Ausweichstrecke um die Pylonen herum - die sogenannte Kanzel - in der Länge von 19,00 m auf immerhin 41,00 m, auf der Flutbrücke von 3,40 m auf 4,00 m, auf der Deichbrücke auf 5,00 m bzw. 5,50 m im Süden sowie auf der rechtsrheinischen Rampe von 4,40 m auf 5,00 m.

Der u.a. vom ADFC vorgeschlagene Radschnellweg bzw. Radweg im Gegenverkehrprinzip erfordere eine Breite von 4,00 m sowie einen separaten Gehweg von 2,00 m. Die Prüfung des beauftragten Ingenieurbüros habe jedoch ergeben, dass dies definitiv nicht möglich sei; hier stoße man an die Grenzen des bestehenden Bauwerks. Bereits für den Gesamtverkehr auf der Brücke habe man massive und umfängliche Verstärkungsmaßnahmen geplant, die weit über 1000 t wiegen. Das Limit für die Hänger, die Tragseile und den Pylon sei hiermit erreicht. Zudem würde eine weitere Verbreiterung der Nebenanlagen – über die jetzt geplante Verbreiterung hinaus - Mehrkosten im hohen zweistelligen Millionenbereich verursachen.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, fügt ergänzend hinzu, dass die Frage der Anbindung des Radverkehrs relativ unabhängig von der anstehenden Sanierung diskutiert werden könne, die Überlegungen der Verwaltung jedoch gerne bei dem bevorstehenden Ortstermin vorgestellt werden können.

RM Michel möchte wissen, zu welchem Zeitpunkt diese Diskussion und Entscheidungsfindung abgeschlossen sein muss.

Herr Neweling betont, dass der Baubeschluss für die Sanierung in der Ratssitzung am 28.06. gefasst werden müsse; eine Verzögerung bis nach der Sommerpause würde die Verwaltung direkt in Jahresschritten zurückwerfen, da die geplante Vollsperrung der KVB nur zu einer gewissen Zeit im Jahr möglich sei. Die Anbindung für den Radverkehr habe mit der Sanierung hingegen nichts zu tun, sei ein eigenes Thema und könne somit zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden.

Abschließend appelliert RM dos Santos Herrmann an alle Ausschussmitglieder, diese Baumaßnahme nicht aufzuhalten bzw. zu verzögern; andernfalls ginge ein wichtiges, dringend benötigtes Infrastrukturobjekt verloren. Insbesondere mit Blick auf den ÖPNV sei aus ihrer Sicht Gefahr in Verzug.

Ausschussvorsitzender Wolter unterstreicht diese Aussage und stellt den Verweisungsbeschluss zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Nippes.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

6.1 Werbesäulen, Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.02.2016, AN/400/2016, aus der Sitzung des Verkehrsausschusses am 01.03.2016 0709/2016

Hinweis: vgl. hierzu TOP 7.1

6.2 Fahrradunfälle in Kreisverkehren hier: Anfrage der FDP-Fraktion zur Sitzung des Verkehrsausschusses am 26.04.2016, TOP 1.3 1416/2016

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6.3 Ausbau Militärringstraße/Luxemburger Straße Hier: Anfrage der CDU-Fraktion zur Sitzung des Verkehrsausschusses am 26.04.2016, TOP 1.4 1556/2016

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6.4 Teilsperrung der Zülpicher Straße hier: Anfrage der Piraten-Gruppe aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 26.04.2016, TOP 1.5 1797/2016

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6.5 Mitteilung zur Vorlage "Null Toleranz für Raser" - Ordnungsbehördliche Maßnahmen gegen die Raserszene im Kölner Stadtgebiet - Maßnahmenpaket II - Auenweg und Ringe, Vorlagen-Nr. 3678/2015 hier: Beantwortung von Zusatzfragen in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 01.03.2016, TOP 5.2 1001/2016

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

RM Hammer nimmt Bezug auf die Stellungnahme zu Ziff. 2 und bittet um Mitteilung, ob die Verwaltung alternativ die Möglichkeit einer Temporeduzierung im Rahmen des Radverkehrskonzeptes Innenstadt bzw. Ring frei sehe.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, merkt an, dass dies im Rahmen der Straßenverkehrsordnung geprüft werden müsse; spätestens mit Bezug der Schule werde dies jedoch erfolgen.

6.6 Niehler Gürtel
hier: mündliche Anfrage des RM dos Santos Herrmann in der Sitzung
des Verkehrsausschusses vom 26.04.2016, TOP 6.8
2001/2016

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6.7 Sicherheit von Fußgängern und Radfahrern entlang der Bundesstraße 8
im Stadtbezirk Mülheim
hier: Anfrage der FDP-Fraktion zur Sitzung des Verkehrsausschusses
am 26.04.2016, TOP 1.1
1133/2016

Die Beantwortung wurde bereits als Tischvorlage zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7 Mitteilungen der Verwaltung

7.1 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen betreffend "Werbeträger im öffentlichen Raum"
AN/0466/2016
1347/2016

SE Graf spricht den digitalen Werbeträger im Bereich Neumarkt/Unter Fettenhennen an und macht darauf aufmerksam, dass dieser s.E. Autofahrer stark ablenke, eine Gefahr für die Verkehrssicherheit darstelle und umgehend abgebaut/abgeschaltet werden sollte.

Zudem sei nach seiner Erinnerung zugesagt worden, im Bereich von Wartehäuschen keine bewegten Bilder laufen zu lassen; dies sei eine Nötigung der wartenden Fahrgäste.

Frau Ottmar, Vertreterin des Bauverwaltungsamtes, berichtet, dass der in Rede stehende Standort geprüft und als nicht verkehrsgefährdend eingestuft worden sei. Sie sagt jedoch zu, den Hinweis mitzunehmen und erneut zu überprüfen. Auch hinsichtlich der Werbeanlagen im Bereich von Wartehäuschen sei man im Gespräch mit dem Vertragspartner, inwieweit noch Korrekturen erfolgen müssen.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, fügt ergänzend hinzu, dass bei der Verkehrssicherheit im Wesentlichen geprüft werde, ob die Anlagen eine Sichtbehinderung für die Verkehrsteilnehmer darstellen. Dies sei im vorliegenden Fall nicht gegeben. Bewegte Bilder und Filme werden jedoch grundsätzlich als nicht verkehrssicher angesehen.

Abschließend weist BG Höing darauf hin, dass das Thema bzw. die Standorte noch nicht in Gänze abschließend seien. An der einen oder anderen Stelle gebe es noch

Klärungsbedarf und man werde letztendlich sicherlich zu pragmatischen Entscheidungen kommen.

**7.2 Bundeswettbewerb Klimaschutz im Radverkehr
Stadt Köln bewirbt sich mit zwei Projekten
1381/2016**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.3 3. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn / Zeit-Maßnahmen-Darstellung
1589/2016**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

Ergänzend zu dieser informiert Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau, dass der Bezirksregierung zwischenzeitlich 2 Klagen vorliegen. Derzeit werde die Zulässigkeit geprüft.

**7.4 Fahrradparken am Breslauer Platz
über 200 zusätzliche Abstellplätze für Fahrräder auf dem ehemaligen
Fernbusbahnhof
1429/2016**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.5 Entwurf des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) 2030 vom 16.03.2016
hier: Stellungnahme der Stadt Köln
1873/2016**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.6 Tätigkeitsbericht des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik 2015
1538/2016**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.7 Umbau der Straße Am Kümpchenshof von Hansaring bis Maybachstraße
1935/2016**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.8 Verkehrsversuche Bodenwarnleuchten und invertierte Signalschablonen
zur Optimierung der Verkehrssicherheit von Passanten an Gleisquerungen
1952/2016**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

RM Hammer spricht erneut die lange Nachbrennzeit bei einigen Haltestellen, z.B. an der Weißhausstraße, an und gibt zu Bedenken, dass diese Passanten auch dazu verführen, bei Rot die Gleise zu queren.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, informiert, dass hier eine Erneuerung geplant sei und die Zeiten insofern reduziert werden. Entsprechendes gelte für andere Haltestellen, gleichwohl müssen jedoch die Schutzzeiten und besondere Gegebenheiten vor Ort beachtet werden. Auf kritische Nachfrage von SE Graf lädt er Interessierte dazu ein, sich hinsichtlich der technischen Möglichkeiten bei seiner Mitarbeiterin, Frau Rosenstein, zu melden.

**7.9 Verbesserungen an elf Stadtbahnhaltestellen durch Einbau von Klappsitzen
1956/2016**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.10 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB): Betrauungsregelung vom
15.12.2005 / 24.06.2008
hier: Anpassung des Parameters im Baustein 1 "Infrastruktur" aufgrund
erhöhten Mitbenutzungsentgelts an die Häfen und Güterverkehr Köln AG
(HGK)
1477/2016**

Die Mitteilung wurde bereits als Tischvorlage zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

8 Mündliche Anfragen

**8.1 Im Hirschgraben/Grengeler Mauspfad
Mündliche Anfrage des RM dos Santos Herrmann**

RM dos Santos Herrmann spricht die mangelnde Infrastruktur für Fußgänger und Radfahrer an, die zum Gut Leidenhausen oder zum Portal Wahner Heide möchten. Sie bittet um Mitteilung, ob hier Abhilfe durch eine Querungshilfe oder einen Kreisverkehr zwecks Temporeduzierung geschaffen werden könne. Ihres Wissens nach gebe es bereits entsprechende Beschlüsse der Bezirksvertretung Porz.

Ergänzend überreicht RM Möllers dem Ausschussvorsitzenden in diesem Zusammenhang eine Unterschriftenliste der Porzer Bürger. Zudem fragt sie nach der KVB-Anbindung des Gutes Leidenhausen. Der eingerichtete Ruf-Bus sei offensichtlich nicht zweckdienlich und ausreichend.

Ausschussvorsitzender Wolter bedankt sich im Namen des Ausschusses für die Initiative und bittet die Verwaltung in einer der nächsten Sitzungen um einen schriftlichen Sachstandsbericht.

8.2 Bewohnerparkgebiete in der Innenstadt

Mündliche Anfrage des RM Götz

RM Götz bittet um Mitteilung,

- welche Bewohnerparkgebiete in der Innenstadt eingerichtet sind
- wie viele Parkausweise in jedem dieser Gebiete ausgegeben worden sind
- und wie viele Bewohnerparkplätze dem gegenüber stehen.

8.3 Kapellenstraße in Rondorf

Mündliche Anfrage des RM Roß-Belkner

RM Roß-Belkner berichtet, dass die Bezirksvertretung beschlossen habe, diese L-Straße in städtische Trägerschaft zu überführen. Sie bittet um Mitteilung, wie lange ein solches Verfahren dauere. Zudem verweist sie auf den noch nicht erfolgten Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan für dieses Gebiet. Da man hier schon seit über einem Jahr in Verzug sei, bittet sie um einen schriftlichen Sachstandsbericht.

8.4 Anregung zur Führung der Buslinie 191 durch Vingst

Mündliche Anfrage des RM dos Santos Herrmann

RM dos Santos Herrmann berichtet von einer Bürgereingabe, die Buslinie 191 auch durch den Ortsteil Vingst zu führen. Sie bitte die Verwaltung nachdrücklich um eine Stellungnahme der Verwaltung in der kommenden Sitzung des Beschwerdeausschusses.

II. Nichtöffentlicher Teil

- 9 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
- 12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**
- 13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 15 Mitteilungen der Verwaltung**
- 16 Mündliche Anfragen**

gez. Andreas Wolter

gez. Angela Krause

BM Andreas Wolter
(Ausschussvorsitzender)

Angela Krause
(Schriftführerin)